

Press release
Kiel, 05.05.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Stefan Seidler und SF fordern Ende der Muschelfischerei

"Die Flensburger Förde ist unglaublich verunreinigt. Wir müssen gemeinsam über die Grenze hinweg Verantwortung übernehmen für unsere Förde. Das gilt sowohl für die Politik als auch für Bürger und Unternehmen", mahnt der SSW-Bundestagsabgeordnete Stefan Seidler während seines Besuches in der dänischen Hauptstadt nach einem Treffen mit dänischen Parteivertretern der Sozialistischen Volkspartei (SF).

"Eine Förde im Gleichgewicht mit gesunden Muschelbänken, Steinriffen, Meeresgras und einer entwickelten Flora und Fauna wird eine große Bedeutung haben für die Umgebung als ein attraktiver Ort für Mensch und Tier. Ich bin froh, dass die SF die erste Partei auf dänischer Seite ist, welche hier voranschreitet."

Während seines dreitägigen Besuches in Kopenhagen ist der SSW-Bundestagsabgeordnete mit verschiedenen Vertretern der dänischen Regierung und des Parlaments zusammengekommen, um über die grenzüberschreitende Kooperation zu sprechen.

Eines der Ergebnisse der Gespräche ist, dass Seidler und Pia Olsen Dyhr, Vorsitzende der SF, übereingekommen sind, ein Ende der Muschelernte in der Flensburger Förde zu fordern.

Seit Jahren wird der Meeresboden der Förde regelmäßig durch Fischtrawler massiv aufgewühlt, um die Muscheln vom Grund zu schaben. Durch die

Aufwirbelung von Sediment wird die natürlich Fauna und Flora massiv geschädigt, es kommt zu Nährstoffanreicherung im Wasser und in Folge zu verstärkter Algenbildung, welche wieder zu Sauerstoffmangel und Fischsterben führt.

Um die Artenvielfalt in der Förde zu schützen, werden Seidler und die SF das Thema nun auf die Tagesordnung setzen, da es bislang auf dänischer Seite an einem Verbot mangelt.

Im Anhang finden Sie ein Foto von Stefan Seidler und Pia Olsen Dyhr, die Rechte liegen beim Bundestagsabgeordneten.